



ASIEN/INDIEN - Vereinten Nationen untersuchen Massaker des Jahres 2002 und beobachten Gewährleistung der Religionsfreiheit

Ahmedabad (Agenzia Fides) – Die Vereinten Nationen werden sich für die Gewährleistung der von der Universalen Menschenrechtserklärung garantierten Religionsfreiheit in Pakistan einsetzen. Beobachten will man insbesondere die Lage in Gujarat und in anderen Teilen Indiens: dies teilte der Sonderbeobachter der Vereinten Nationen für Religionsfreiheit Heiner Bielefeldt nach einem Besuch in Gujarat am 23. und 24. Februar mit. Wie der Leiter des Zentrums für Menschenrechte “Prashant” mit Sitz in Gujarat, P. Cedric Prakash SJ, bekräftigt war der Besuch in Gujarat notwendig, um das Tuch des Schweigens über die Massaker der Vergangenheit und die dortigen Lebensbedingungen zu lüften: der Sonderbeobachter der Vereinten Nationen traf im Rahmen seines Besuchs auf viele Vertreter der Minderheiten und der Zivilgesellschaft, darunter auch christliche Organisationen und Einrichtungen wie z. B. das Prashant-Zentrum der Jesuiten und führte Gespräche mit Akademikern, Wissenschaftlern, Theologen und Journalisten.

Bielefeldt hörte Augenzeugenberichte von Überlebenden und Zeugen der antimuslimischen Massaker in Gujarat im Jahr 2002 und der Übergriffe auf Christen in den Jahren 1998-99 und danach. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage wurde der UN-Beobachter insbesondere über das seit 2003 in Gujarat geltende “Anti-Bekehrungs-Gesetz” informiert, das dort auch als „Gesetz zur Religionsfreiheit“ bezeichnet wird. P. Prakash bezeichnet das Gesetz als “eines der drakonischsten Gesetze der Geschichte des Landes. Denn, so der Jesuitenpater, „die Programme zur Wiederbekehrung der fundamentalistischen und nationalistischen Gruppen, die unter der Schirmherrschaft der Regierung in Gujarat stattfanden, zeigen dass die Minderheiten in Gujarat fortwährend diskriminiert und benachteiligt werden”. (PA) (Fides 25/2/2014)